



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
Main Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2020

Gesellschaftlicher Wandel

Tanner, Jakob

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-194546>

Book Section

Published Version



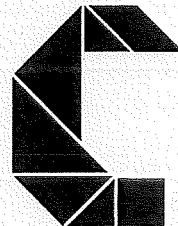
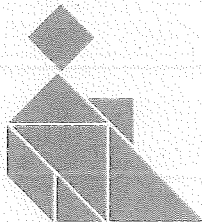
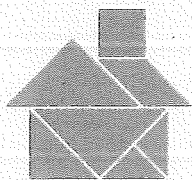
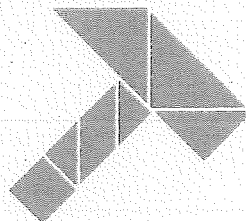
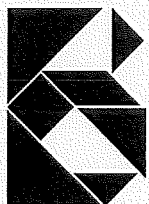
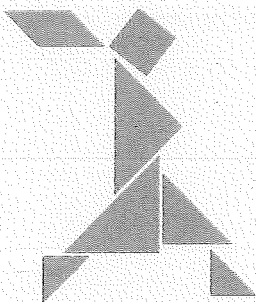
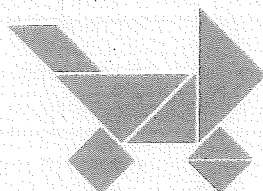
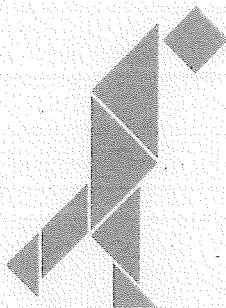
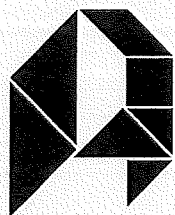
The following work is licensed under a Creative Commons: Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0) License.

Originally published at:

Tanner, Jakob (2020). Gesellschaftlicher Wandel. In: Bonvin, Jean-Michel; Hugentobler, Valérie; Knöpfel, Carlo; Maeder, Pascal; Tecklenburg, Ueli. Wörterbuch der Schweizer Sozialpolitik. Zürich: Seismo, 207-210.

Wörterbuch der Schweizer Sozialpolitik

Jean-Michel Bonvin, Pascal Maeder,
Carlo Knöpfel, Valérie Hugentobler,
Ueli Tecklenburg (Hrsg.)



Beispiele einer Vielzahl von kriminellen Vergehen von Unternehmen. Sie führen dazu, dass Unternehmensverantwortung einen schweren Stand in der öffentlichen Diskussion hat.

Wenn man mit dem Thema produktiv vorankommen will, so gilt es in einem ersten Schritt unternehmerische Praxen differenziert zu betrachten. Hier zeigt sich ein durchaus buntes Bild: es gibt Unternehmen, die CSR anpacken, praktisch wirksam in die Organisation einführen und ihre Strategien auch nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten; es gibt Unternehmen, die CSR als Marketing-Veranstaltung missverstehen, mit CSR nach aussen kommunikativ auftreten, nach innen aber wenig tun; und es gibt Unternehmen, die soziale und ökologische Fragen vollends ignorieren, ja teilweise Verantwortungsfragen mit Füßen treten.

Es gilt, zweitens, einen angemessenen Begriff von Unternehmensverantwortung zugrunde zu legen, der normativ gehaltvoll ist, also den ethischen Kern dieses Begriffes ernst nimmt. In der akademischen wie öffentlichen Diskussion zeigt sich eine Tendenz, CSR stets nur in *Win-Win*-Optionen zu denken, bei denen sich CSR für die Gesellschaft und das Unternehmen auszahlen muss. Dies ist schon im Ansatz falsch, weil die Fragen nach dem «richtigen Tun» mit Fragen der Implementierung vermischt werden.

Drittens gilt es im stärkeren Masse von einem defensiv-reaktiven zu einem proaktiven CSR-Verständnis zu kommen – in der akademischen Diskussion wie in der Unternehmenspraxis. Unternehmensverantwortung beinhaltet nicht nur die Vermeidung unmoralischer Praxen (wie Korruption, Bilanzfälschungen, usw.), sondern in besonderer Weise die Frage, welchen Beitrag Unternehmen durch gute Geschäfte für eine gute Gesellschaft leisten können. Ein proaktives Verständnis von Unternehmensverantwortung beinhaltet dabei auch die Idee von Unternehmen als politische Akteure, bei der sich diese in den Prozess der

gesellschaftlichen *Governance* einbringen und (Sozialpolitik) gemeinwohl-orientiert mitgestalten.

Viertens sollte gründlicher über die Rolle von Politik (und Recht) im Kontext von Unternehmensverantwortung nachgedacht werden. Nationale Aktionsprogramme, wie das Positionspapier des Schweizer Bundesrates, sind ein guter Anfang. Sie müssen aber praktisch realisiert werden. Politik (und Recht) sollte sich jedoch nicht nur auf derartige Fördermassnahmen beschränken, sondern auch über Steuerungsmechanismen durch das klassische *hard law* handeln. Eine Diskussion zum Thema Unternehmensstrafrecht, wie sie aktuell in ersten Ansätzen in Deutschland geführt wird, ist auch in der Schweiz und anderen europäischen Ländern überfällig. Vielleicht gibt die Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative (KOVI) dazu Anlass.

Thomas Beschorner

Literaturhinweise

- Beschorner, T. (2006). Social Responsibility of Firms. In J. Beckert & M. Zafirovski (Eds.), *International encyclopedia of economic sociology* (pp. 618–622). London: Routledge.
- Bundesrat (2015). *Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen: Positionspapier und Aktionsplan des Bundesrates zur Verantwortung der Unternehmen für Gesellschaft und Umwelt*. Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft.
- Schneider, A. & Schmidpeter, R. (Hrsg.) (2015). *Corporate Social Responsibility: Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis* (2., erg. und erw. Aufl.). Berlin: Springer Gabler.

Gesellschaftlicher Wandel

Auch vormoderne Formen menschlichen Zusammenlebens unterlagen steter Veränderung. Doch die Begriffe «Gesellschaft» und «Wandel», die historisch eng zusammengehören, erhielten erst gegen Ende des 18. Jh. ihre

heutige Bedeutung. Vor der Aufklärung dominierte der religiös-politische Kosmos des «Gottesgnadentums», in dem sich gottesfürchtige Menschen in eine unveränderbare ständische Ordnung einzufügen hatten. Mittels einer Unzahl von Geboten und Verboten versuchten die Herrschaftsträger, soziale Mobilität zu verhindern und mit der drakonischen Verfolgung von Irrlehren oder Regelverstößen sollte der Gehorsam der Untertanen gesichert werden. Umgekehrt zielten Proteste und Aufstände in der Frühen Neuzeit nicht auf einen radikalen Umsturz, sondern den Mächtigen wurde vorgeworfen, sie würden mit ihrer «Bauernschinderei» und der Unterdrückung der Landbevölkerung selber gegen das göttliche Gesetz verstossen.

Mit der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung und der Französischen Revolution brachen sich im ausgehenden 18. Jh. nicht nur neue Formen sozialer und politischer Mobilisierung Bahn, sondern nun schien es erstmals denkbar, dass Menschen sich nicht einem gottgegebenen Schicksal zu fügen hatten, sondern sich selber auf der Grundlage vernünftiger Entscheidungen regieren können. Eine Demokratie, welche auf den Wertetrias Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit basierte, liess gesellschaftliche Veränderungen zu und war auf die Zukunft hin offen. Der sozioökonomische Umbruch, der durch die gleichzeitig einsetzende fabrikkapitalistische Industrialisierung vorangetrieben wurde, kollidierte allerdings mit dem Gleichheitsideal der Volkssouveränität. An der Frage, wie Politik mit Ungleichheit und mit dem Nichtkontrollierbaren, dem Unabwägbaren einer immer komplexeren und deshalb opaken Gesellschaft umgehen soll, schieden sich im 19. und 20. Jh. die drei grossen ideellen Strömungen des Konservatismus, des Liberalismus und des Sozialismus. Während sich Konservativen dem sozialen Wandel oftmals widersetzen, hielten Liberale das Vertrauen in den Markt hoch und lehnten weitergehende Staatsinterventionen

ab. Der Sozialismus wiederum trat für eine politisch-staatliche Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Verhältnisse ein.

Im *Fin de siècle* (in der Zeit von ca. 1890 bis 1914) wurden die sich verschärfenden Ungleichheiten unter dem politischen Schlagwort «soziale Frage» diskutiert. Damals begann die Karriere der Soziologie, welche den gesellschaftlichen Wandel zum Objekt einer systematischen Beobachtung machen und so ein angemessenes Verständnis einer modernen Gesellschaft ermöglichen wollte. Alle europäischen Staaten bauten Statistikapparate auf und mit Hilfe neuer quantitativer Methoden wies die soziologische Wissenschaft nach, dass der Eindruck eines durch soziale und geographische Mobilität, rasche Urbanisierung, neue Massenmedien und Lebensstile hervorgerufenen Kontrollverlustes täuschte. Sie zeigte auf, wie sich unter den irritierenden Erfahrungen einer in verschiedener Hinsicht als chaotisch erfahrenen Industriemoderne stabile Muster reproduzierten. Dieses Vertrauen in Zahlen stützte auch die so durchsichtig gemachte gesellschaftliche Ordnung.

Gleichzeitig gerieten die wissenschaftliche Erforschung des sozialen Wandels und die soziale Konfliktdynamik in ein Spannungsverhältnis. In dem Masse, in dem sich die Gesellschaft polarisierte, nahmen die Streitparteien soziale Probleme unterschiedlich wahr und bezogen sie auf oft diametral entgegengesetzte Gerechtigkeitsvorstellungen. Die Arbeiter- und die Frauenbewegung (die zudem für politische Grundrechte kämpfte) kritisierten die kapitalistische Ausbeutung. Sie forderten soziale Sicherheit, ein Recht auf Arbeit sowie Chancengleichheit und skandalisierten die prekären Arbeits-, Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der «arbeitenden Klassen». Bürgerliche und konservative Kräfte pochten demgegenüber auf Selbstverantwortung und Einordnung. Bis heute besteht Uneinigkeit darüber, worin die Probleme einer Gesellschaft bestehen und

mit welchen Mitteln eine Verbesserung erreicht werden kann.

In der Nachkriegszeit verfügten Theorien des sozialen Wandels über eine weitreichende wissenschaftlich-politische Deutungshoheit. Die Soziologie erhob nun den Anspruch, «die Gesamtheit der in einem Zeitabschnitt erfolgten Veränderungen in der Struktur einer Gesellschaft» (so Peter Heintz in den 1960er Jahren) zu beobachten. Die Rückbindung an den Strukturbegriff erlaubte es, endogene und exogene, evolutionäre und revolutionäre, lineare und zyklische Veränderungsdynamiken zu unterscheiden. Damit verbunden waren ein Fortschrittsglaube und ein Planungswille. Regierungen teilten die Erwartung, mittels wissenschaftlicher Untersuchungen könne der soziale Wandel in Richtung Chancengleichheit und soziale Sicherheit gelenkt werden.

In der lang anhaltenden wirtschaftlichen Prosperitätskonstellation (die «*Trente Glorieuses*» zwischen 1945 und 1975) stiegen in westlichen Industrieländern die finanzielle Kaufkraft und der materielle Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten an, was die klassenkämpferischen Konfrontationen dämpfte. Auf die Beschleunigungserfahrungen, welche die Halbwertszeit von Qualifikationen und Wissen spürbar verringerte, reagierte die Politik mit technokratischen Problemlösungsansätzen. Überall wurden Bildungs-, Gesundheits-, Verkehrs- und Kommunikationssysteme zielstrebig ausgebaut. Im globalen Systemwettbewerb zwischen «sozialer Marktwirtschaft» und «real existierendem Sozialismus» geriet letzterer zunehmend ins Hintertreffen. Die zentralverwalteten Wirtschaftssysteme des Ostblocks schienen durch einen raschen sozialen Wandel überfordert, während in westlichen Industrieländern sozialpolitische Massnahmen eine erfolgreiche Bewältigung sozialer Probleme versprachen. Trotz der «Weltsystem»-Aspirationen der Theorie blieb die politische Umsetzung stark in Nationalstaaten eingebettet, die zwar einen europäischen Integrationsprozess

unterstützten, ihre Souveränitätsrechte jedoch bewahren wollten.

Insgesamt wurden gesellschaftliche Veränderungen während des Kalten Krieges stark durch die Linse eines soziologischen Struktur- bzw. Systemfunktionalismus und seit den 1960er Jahren auch der Kybernetik wahrgenommen. Verdichtet wurden diese Ansätze in den rasch modisch werdenden Modernisierungstheorien, die auf ein standardisiertes Set von Paradigmen (Differenzierung, Mobilisierung, Partizipation, Säkularisierung, Konfliktinstitutionalisierung) abstellten. Seit den 1970er Jahren verschafften sich allerdings kritische Stimmen Gehör, die sowohl die unterstellte Zwangsläufigkeit und Linearität von Modernisierungsschüben wie auch die eurozentrische Schlagseite dieses ganzen Theoriekonstrukts zurückwiesen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges gerieten die etablierten Theorien in eine Krise. Seit einigen Jahrzehnten ist evident, dass die Analyse des sozialen Wandels einer transnationalen und globalen Perspektive bedarf, um die vielfältigen Verflechtungen, Wechselwirkungen, Abhängigkeiten und Transkulturationsprozesse angemessen berücksichtigen zu können. Dies hat das Nachdenken über Formwandel und Funktionsweise transnationaler, europäischer und globaler Regulationsregimes angeregt. Und mit der Debatte um das «Verschwinden des Sozialen» gerieten verschiedene in herkömmlichen Theorien sozialen Wandels unterbelichtete Faktoren – gesellschaftliche Ungleichheiten ebenso wie die Resonanz von Religionen sowie rassistisch-nationalistische Phantasmen – ins Blickfeld. Zudem wird mit dem Konzept des Anthropozäns auf neue Weise auf die historische Tiefendimension der Veränderungsdynamik moderner Gesellschaften reflektiert. Indem Theorien des anthropogenen Klimawandels den sozialen Wandel moderner Gesellschaften in längerfristige ökologische Zusammenhänge einrücken, wird die Theorie-

tisierung des gesellschaftlichen Wandels heute mit neuen Problemen konfrontiert.

Jakob Tanner

Literaturhinweise

- Jäger, W. & Weinzierl, U. (2011). *Moderne soziologische Theorien und sozialer Wandel*. Wiesbaden: VS.
- Müller, H.-P. & Schmid, M. (1995). *Sozialer Wandel. Modellbildung und theoretische Ansätze*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Zapf, W. (Hrsg.) (1969). *Theorien des Sozialen Wandels*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Gesundheit

Gesundheit ist ein facettenreicher Begriff entsprechend den Auffassungen zu einem bestimmten Zeitpunkt und in einem gegebenen gesellschaftlichen Kontext. Formell wurde Gesundheit 1948 von der Weltgesundheitsorganisation als Zustand vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens definiert. Bis dahin lediglich als die Abwesenheit von Krankheit verstanden, erhielt sie fortan eine breite und flexible Bedeutung. So hat die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung 1986 eine neue Dimension des Begriffs anerkannt: die Fähigkeit des Menschen, seinen Gesundheitszustand zu verbessern. Von nun an wird Gesundheit nicht mehr nur im Hinblick auf die medizinische Versorgung und biologische wie genetische Faktoren betrachtet, sondern auch mit Blick auf Lebensqualität und -bedingungen, die schliesslich ebenso auf den Gesundheitszustand und das Wohlbefinden des Einzelnen wirken. Zu diesen Rahmenfaktoren zählen neben Frieden beziehungsweise Krieg der soziale Status, das Bildungs- und Einkommensniveau, die Wohnverhältnisse und die Umweltqualität.

Historisch wurde Gesundheit lange aus pflegerischer Sicht betrachtet. Die Arzt-Pa-

tienten-Beziehung ist dabei vorherrschend; der heilende Ansatz geht zu Lasten einer Public Health-Perspektive, die ihrerseits starkes Gewicht auf Präventivmassnahmen und damit auch auf das gesellschaftliche Umfeld legt. Die Einrichtungen der sozialen Sicherheit, die den Normen des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation über soziale Sicherheit (ILO 102, 1952) entsprechend konzipiert wurden, verweisen beim Thema Gesundheit zunächst auf Pflege, die Behandlung von Kranken, Verletzten oder Invaliden. Für die Bevölkerung sind die medizinischen und technischen Massnahmen, die im Rahmen der Sozialversicherungen gewährt werden, mehr als selbstverständlich. Zugangsbedingungen und Kosten werden dabei von den Versicherungen geregelt.

Es sind politische Entscheidungen und die daraus hervorgehenden rechtlichen Grundlagen, welche Ausmass und Intensität der Solidarität, die öffentliche beziehungsweise private Organisation, die Modalitäten und Kriterien der Ressourcenallokation (Angemessenheit, Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit, Qualität, Bewertung, Planung) bestimmen. Schematisch gesehen lassen sich Gesundheitssysteme einer von drei Kategorien zuordnen. 1) Ein staatliches nationales System, das der gesamten Bevölkerung Zugang zu einer ausschliesslich aus öffentlichen Mitteln und Steuergeldern finanzierten medizinischen Versorgung gewährt (Grossbritannien, Italien, Dänemark). 2) Ein Krankenversicherungssystem, das ein gemischtes Angebot aus öffentlichen und privaten Leistungen vorsieht. Die Krankenversicherungen finanzieren sich aus Beiträgen der Versicherten sowie öffentlichen oder arbeitgeberfinanzierten Zulagen (Deutschland, Frankreich, Niederlande). 3) Ein liberales System: Leistungsangebot und Versicherungsschutz sind Sache privater Anbieter, wobei bestimmten Bevölkerungsgruppen u.U. besondere Versicherungsbedingungen offenstehen (USA).

Seit Ende der 1980er Jahre zeigt die Wissenschaft auf, dass ein rein pflegebasiertes